

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 32	S0285/04	19.11.2004
zum/zur		
A0154/04		
Bezeichnung		
Hausbesuche		
Verteiler		
Der Oberbürgermeister	30.11.2004	
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	16.12.2004	
Finanz- und Grundstücksausschuss	05.01.2005	
Stadtrat	13.01.2005	

Die Möglichkeit eines mobilen Hausservices für Verwaltungsdienstleistungen wird bereits seit Jahren in Fachkreisen sehr kontrovers diskutiert.

Bisher in größerem Umfang bekannt geworden ist das Angebot der Stadt Dortmund (siehe Antrag). Dieses wurde bereits im Jahr 2002 auf einem Arbeitstreffen der Bürger- und Meldeämter zur Sprache gebracht. Spätere Aussprachen ergaben hier wenig neue Erkenntnisse.

In der Quintessenz war dieser zusätzliche Service für Einwohner mit einem sehr begrenzten Zeitfonds geplant, die darüber hinaus keine zusätzlichen Kosten scheuen würden. Ein ähnliches Projekt gab/gibt es in einem Berliner Stadtbezirk (einer von zehn), wobei hier die Rede von einem VIP-Service war.

Vergleichbare Städte äußerten sich im Rahmen des Erfahrungsaustauschs wie folgt:

Duisburg, Frankfurt: Kein Sonderservice gg. Gebühr
Leipzig: gebührenfreier Sonderservice bei Gebrechlichkeit, Vorlage Attest

Nach Aussagen der Stadt Dortmund sind die hier genannten Gebühren nicht kostendeckend. Es wurde daher die Einführung eines neues Kostentarifes in Erwägung gezogen. Dies wurde aber vor dem Hintergrund eines möglichen Rechtsanspruchs auf diesen Sonderservice verworfen.

Magdeburg:

Der Bürgerservice prüft derzeit ein Projekt im Rahmen von media@komm.transfer mit dem Land Berlin und dem Heinrich Hertz Institut der Fraunhofer Gesellschaft Berlin. Ergebnisse sind im März 2005 zu erwarten. Damit liegen dann Erkenntnisse über die technischen Möglichkeiten eines mobilen Dienstes vor. Der Schwerpunkt dieses Projektes liegt aber auf einer temporären Verortung im Zusammenhang mit Bürgervereinen etc..

Vor dem zu erwartenden überproportionalen Ansturm auf die Bürgerbüros im Jahr 2005 (ca. 70.000 Personalausweis-anträge bei einem Mittel von 28.000 Anträgen im Jahr) kann keine

zusätzliche Aufgabe in diesem Bereich übernommen werden, ohne gleichzeitig zusätzliches Personal und bisher nicht geplante Mittel in Anspruch zu nehmen.

Seit Jahren werden darüber hinaus bereits Hausbesuche durch den Bürgerservice mit dem SOD im Falle dringender Bedürftigkeit organisiert. Gleichmaßen wurden bereits Sondertermine in Altenheimen und den Ortschaften Randau/Calenberge und Pechau organisiert. Hierzu konnte die vorhandene Infrastruktur der Ortsteilverwaltungen genutzt werden.